

sozialdemokratischen, 6 christlichen und 84 parteilosen Gastdelegierten, in Hamburg-Wasserkante von 181 Sozialdemokraten und 119 Parteilosen, in Niedersachsen von 227 Gastdelegierten, darunter 136 Sozialdemokraten besucht wurden, erging der Ruf an die Freunde der Einheit, an der Bildung von Gründungsausschüssen teilzunehmen. Auf einer Landesdelegiertenkonferenz der KP Hessen, an der 136 SPD-Gastdelegierte teilnahmen, wurde ein Landesgründungsausschuß der SED für Hessen gebildet, dem 15 Kommunisten, 12 Sozialdemokraten und 3 Parteilose angehören.

Es wuchs aber auch der Widerstand der Einheitsfeinde gegen diese Bestrebungen. Auch die inzwischen gebildete Arbeitsgemeinschaft SED—KPD wurde von den Besetzungsmächten nicht anerkannt. Die Einheitsfreunde suchten nach neuen Formen der Vorbereitung einer einzigen Sozialistischen Partei in ganz Deutschland. Es entstanden in großen Teilen der amerikanischen Besetzungszone Bünde und Kreise der Freunde der Einheit, die den Gedanken der Einheit der Arbeiterbewegung und der Einheit Deutschlands weitertragen.

In Niedersachsen (englische Besetzungszone) bildete sich ein Landes-Gründungskomitee der SED, in dem sozialdemokratische Funktionäre führend sind. Mitglieder dieses Komitees (2 Sozialdemokraten, 1 Kommunist und 1 Parteiloser) richteten einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es heißt:

„Gibt es einen Weg, um unsere Forderungen nach Brot Und Kohlen, Gerechtigkeit und Frieden zu erfüllen? Wir sagen ja. Wie ist der Weg? Zusammenschluß aller schaffenden und aufbauwilligen Kräfte. Schaff diesen Zusammenschluß — die Sozialistische Einheit!“

Der Aufruf fordert die werktätigen Frauen, Männer und Jugendlichen zu Versammlungen auf, auf denen sie Abgeordnete wählen sollen, die im Oktober zu einem großen „Kongreß für Brot und Kohlen, Gerechtigkeit und Frieden“ zusammentreten, um die gemeinsamen Forderungen und Maßnahmen zur Überwindung der außergewöhnlichen Notlage zu beraten und zu beschließen.

Dieses Beispiel zeigt, daß sich die Bewegung zur Schaffung einer einheitlichen Sozialistischen Partei nicht im rein Organisatorischen erschöpfen kann. In den Gründungs- und Organisationsausschüssen muß das Leben des Alltags pulsen, das gebieterisch das einheitliche Handeln aller fordert, wenn die Not gemeistert und der Ausblick in eine Zukunft geöffnet werden soll, die Frieden, Demokratie und den Wohlstand des Volkes sichert.

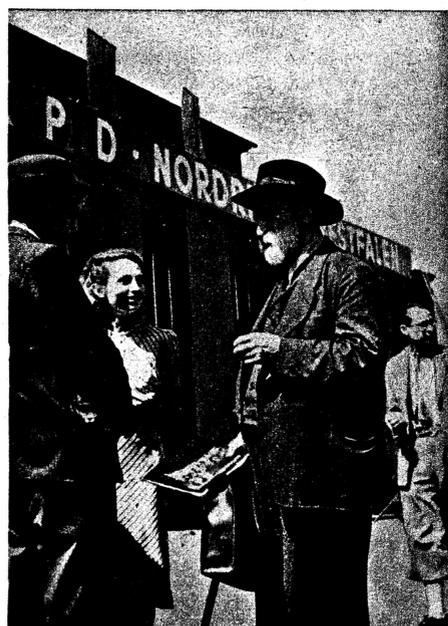
Von solchen Gedanken ausgehend hat die KPD in Hamburg ein Programm aufgestellt: „Nahrung für das Notstandsgebiet Hamburg“. Dieses Programm wurde zu einem Programm der gesamten Hamburger werktätigen Bevölkerung, denn es wurde in ganz kurzer Zeit von 200 000 Menschen als das Ihre unterschrieben und unterstützt, darunter von tausenden sozialdemo-

kretischen Arbeitern, die sich nicht an die Weisung der SPD-Führung hielten, die Unterschrift zu verweigern. So entwickelte sich eine Einheitsbewegung der Tat, und bald wird sich die Zahl der 2000 Sozialdemokraten und Parteilosen, die in Hamburg ihren Willen zum Eintritt in die SED durch Unterschrift bekundeten, verzehnfachen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter beobachten mit wachsender Unruhe, wie ihre Partei das Opfer von Schumachers Koalitions-politik wird: In der sogenannten BI-Zone, wo im Wirtschaftsrat alle Direktorenposten mit CDU-Leuten besetzt sind, so daß selbst Dr. Schumacher erklärte, die CDU sei als reind Unternehmerpartei die Trägerin der Wünsche des deutschen Restkapitals — In Hessen, wo dank der Koalitions politik die „Sozialisierung“ und das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, die verfassungsmäßig verankert sind, auf dem Papier bleiben. Der Schritt von der Besorgnis und dem Unwillen über die Politik Schumachers, die vor aller Augen bankrott gemacht hat, bis zur Erkenntnis, daß nur eine einheitliche Arbeiterbewegung dem Willen des Volkes Geltung verschaffen kann, kann nicht so groß sein. Es kommt jetzt für alle Einheitsfreunde darauf an, nicht an den Organisationsformen zu kleben, sondern diese Formen mit dem Inhalt des täglichen Kampfes um die Überwindung der Not zu füllen.

Es sind heute Hunderttausende im Westen und Süden Deutschlands, die die Einheit der Arbeiterklasse wollen, die in der SED die Arbeiterpartei sehen, die untrennbar mit dem Begriff der Einheit der Arbeiterklasse und der Einheit Deutschlands verbunden ist. Unter den bestehenden, machtpolitischen Verhältnissen in den westlichen Besetzungszonen kann auch die SED ihr Streben zur Einheit nicht mit einem Male verwirklichen. Sie schafft aber die Voraussetzung dazu, weil sie in ihren Grundsätzen und Zielen und in ihrem praktischen Handeln die alte fehlerhafte Politik sowohl der SPD als auch der KPD überwindet. Die Forderung hunderttausender Freunde der Einheit nach Schaffung der SED in ganz Deutschland ist eine Forderung nach dem Recht demokratischer Willensäußerung. Das Ringen um die Zulassung der SED in den westlichen Besetzungszonen ist daher ein Teil des Kampfes um die demokratischen Rechte des Volkes. Die Freunde der Einheit im Westen und Süden Deutschlands sehen im II. Parteitag der SED ihren Parteitag — den Parteitag der Werktätigen ganz Deutschlands. Die Probleme, die im Entschließungs-entwurf des Partei Vorstandes aufgerollt werden, sind auch die Probleme der westlichen Besetzungszonen. Sie finden ihren Niederschlag bei den sozialistischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern der Westzonen, die ihre Delegierten zum Parteitag entsenden. Dieser Parteitag wird eine wertvolle Hilfe in dem schweren Kampf um die Arbeitereinheit und eine einheitliche, deutsche, demokratische Republik, um den Sieg des Friedens, der Freiheit und des Sozialismus sein.

Hermann Zilles



Oben: Landesparteitag der KPD Nordrhein-Westfalen vom 14. bis 16.5.47 in Solingen. Links: EIH verdienstvoller Veteran der Arbeiterbewegung, Oskar Hoffmann, nahm an der Tagung teil. Seit rund 50 Jahren ist er als Buchdrucker freigewerkschaftlich und Sozialdemokrat organisiert gewesen. Schon 1916 saß er als Antimilitarist in Schutzhaft; 1918 war er Führer der USPD in Wuppertal und Redakteur der „Volkstribüne“. Hitler brachte ihn 1955 in das KZ. Hoffmann ist ein aufrechter Kämpfer für die Arbeitereinheit. Weil er in einem Organisationsausschuß mithalf, die Schaffung der SED im Westen vorzubereiten und an einer Großkundgebung teilnahm, auf der die Genossen Pieck und Grotewit sprachen, wurde er aus der SPD ausgeschlossen.

(Aufn. Hamburger Volkszeitung, Blank-rom 1)